

BuHaVo beschließt: Für jedes neue Mitglied ein Baum

12

mit dbb seiten

MAGAZIN

Dezember 2023 • 73. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

jetzt hat das Bundesverfassungsgericht also festgestellt, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen des Deutschen Bundestages den zweiten Nachtragshaushalt 2021 rechtswidrig beschlossen haben. Die Haushaltsprinzipien der Jährlichkeit und Jährigkeit wurden verletzt, die Ausführung der Sachzusammenhänge bei der Feststellung einer Notlage und der Verschiebung notwendiger, insofern also im Bundeshaushalt zu budgetierender Ausgaben unzureichend dargelegt. Und dann noch, dass notwendige Ausgaben und Ermächtigungen im Bundeshaushalt abzubilden seien. Das wirft neben den hier einschlägigen konkret entschiedenen Maßnahmen die Frage der Rechtmäßigkeit der anderen Sondervermögen, also der Finanzierung einiger durch die Bundesregierung beschlossener notwendiger Maßnahmen außerhalb des Bundeshaushaltes, auf. Die Folge daraus ist eine erste Haushaltssperre für die Sondervermögen und die noch offenen Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushalt 2023. Dies betrifft auch aufwendig geplante und kurz vor der Entscheidung stehende Maßnahmen in Bundesbehörden, nicht aber die Zahlung der Bezüge und Gehälter.

Die Auswirkungen sind noch nicht abschließend geprüft, eine zeitnahe Verabschiedung des Haushaltes für das kommende Jahr 2024 wird streitig in Regierung und Opposition diskutiert, eine Verschiebung der Entscheidung ist inzwischen getroffen, ebenso wie die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit weiterer seitens der Bundesregierung neben dem Bundeshaushalt angelegter Sondertöpfe. Daraus ergeben sich die Fragen: Wer soll das eigentlich alles bezahlen? Was bedeutet das für notwendige Investitionen des Staates? Wie können die Ziele im Klimaschutz finanziert werden? Was bedeutet das für die zugesagten Entlastungen im Bereich der Energiekosten und so weiter? Und das wird im Bundeshaushalt ebenso wie in den Länderhaushalten zu prüfen sein und könnte sich trotz der von Bundesfinanzminister Lindner verkündeten höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten zu einer handfesten Finanzkrise weiterentwickeln.

Da sind wir auch bei den Folgen für die Beschäftigten in der Bundesverwaltung. In einem solchen Haushaltsszenario wird ebenfalls auf Basis einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes

über die Frage der amtsangemessenen Alimentation zu entscheiden sein. Hier haben wir aus den Gesprächen mit Verantwortlichen bereits vor der Haushaltsentscheidung des BVerfG schon gehört, dass die finanziell geringste Lösung gesucht wird. Das bekommt nun eine erneute Bedeutung und wir warten ab, ob, wie ursprünglich geplant um den Jahreswechsel, ein Vorschlag der Bundesregierung auf den Tisch kommt.

Als Gewerkschaft Bundesbeschäftigte greifen wir Themen auf, die auch bei den Beschäftigten diskutiert werden. Am 7. November haben die Mitglieder des Bundesvorstandes, Bianca Stoffer und Lothar Hermes, eine Webveranstaltung zur Frage einer 4-Tage-Woche geleitet. Einen Erfahrungsbericht zur Veranstaltung finden Sie in dieser Ausgabe.

Am 17. und 18. November fand in Siegburg die Herbsttagung des Bundeshauptvorstandes statt. Trotz Schwierigkeiten bei der Anreise durch Warnstreik und kurzfristige Erkrankungen von einigen Mitgliedern konnte das höchste Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen einige Themen diskutieren und Entscheidungen treffen. Lesen Sie dazu ebenfalls einen Bericht in dieser Ausgabe.

Die erfreulich positiv verlaufende Mitgliederwerbaktion feiert Halbzeit und ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die bei der Mitgliederwerbung aktiv sind, herzlich bedanken. Dank ihres tollen Engagements und Einsatzes vor Ort kann die Aktion unter dem Slogan „Zusammenhalt ist Zukunft“ die Arbeit des vbob auch durch die mit den neuen Mitgliedern in die Organisation eingebrachten zusätzlichen und neuen Ideen in den kommenden Jahren nur bereichern. Alle Neumitglieder heiße ich an dieser Stelle herzlich willkommen und bitte sie, sich aktiv in die Arbeit unseres vbob einzubringen.

Ich hoffe, dass die Listenaufstellung für die Personalratswahlen in den einzelnen Fachgruppen konstruktiv verläuft und der Austausch über den bestmöglichen Weg zum Erfolg des vbob bei den nächstjährigen Wahlen im Vordergrund steht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist die letzte Ausgabe des Mitglieder_magazins im Jahr 2023. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Mitgliedern für die Unterstützung des vbob zu bedanken. Dies gilt ausdrücklich auch für die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Fachgruppenvorständen vor Ort sowie die Kolleginnen und Kollegen im Bundesvorstand. Ganz besonders möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen des vbob in der Bundesgeschäftsstelle in Bonn, bei Gabriele Ruppert und Beatrix Rörig, sowie im Hauptstadtbüro in Berlin, bei Anne Hoffmann, bedanken. Ohne euch kein vbob, herzlichen Dank für eure Unterstützung!

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Advents- und erholsame Weihnachtszeit mit Zeit zum Kräftesammeln und Abschalten. Kommen Sie gut in das neue Jahr 2024, welches Frieden und Gesundheit mit sich bringen soll und einen tollen Erfolg des vbob bei den Wahlen!

Mit besten Grüßen

Ihr

Frank Gehlen
Bundesvorsitzender

> Inhalt

- > Erfolgreiche Herbstsitzung in Siegburg: Bundeshauptvorstand zeigt Flagge 4
- > vbob jugend: Unterstützung von Beginn an 6
- > Ehrenamt ist Ehrenamt? 8
- > Kommentierte Pressestimmen 10
- > Veranstaltungsreihe #vbob digital: Die 4-Tage-Woche in der Bundesverwaltung – ein Arbeitsmodell der Zukunft? 12

> dbb

- > Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst: Hessen kann es besser machen 13
- > Einkommensrunde 2023 TV-L: Beschäftigte streiten für die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes 14
- > Interview – Dr. Markus Richter, Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik 17
- > Blickpunkt – Personal und Moderne Verwaltung: Plädoyer für eine zeitgemäße Organisationskultur 20
- > ifo Bildungsbarometer: Qualität der Schulen im Sinkflug 22
- > Gigabit-Ausbau: IT-Branche fordert bessere Rahmenbedingungen 23
- > Cybersicherheit: Klick und weg 25
- > Europa – Nachgefragt bei Gaby Bischof, Vizepräsidentin des konstitutionellen Ausschusses im Europäischen Parlament 29
- > Frauen – Gleichstellung: Frauen machen Bund 32
- > Senioren – Vorschläge der Wirtschaftsweisen: Der Rentenanspruch ist nicht verhandelbar 34
- > Jugend – Aktionstag der dbb jugend: „Fünf nach zwölf“ für die Nachwuchsgewinnung 36
- > Brennpunkt – Barometer Digitale Verwaltung: So fit ist Deutschland für die Transformation 41

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Titelfoto:** © AdobeStock – lovelyday12.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 47,70 Euro zzgl. 8,60 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; **Mindestlaufzeit** 1 Jahr. Einzelheft 5,40 Euro zzgl. 1,85 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. **Abonnementkündigungen** müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 64 (dbb magazin) und **Preisliste** 43 (vbob Magazin), gültig ab 1.1.2023. **Druckauflage dbb magazin:** 552265 (IVW 3/2023). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**



Erfolgreiche Herbstsitzung in Siegburg Bundeshauptvorstand zeigt Flagge

Am 17. und 18. November 2023 fand in Siegburg die zweite Sitzung des Bundeshauptvorstandes des vbob statt.

Zu Beginn begrüßte Bundesvorsitzender Frank Gehlen einige neu gewählte Fachgruppenvorsitzende, die damit automatisch Mitglied des Bundeshauptvorstandes werden, zu ihrer ersten Teilnahme an einer Sitzung des Gremiums. Neuwahlen haben gleichermaßen zur Folge, dass sich verabschiedet werden muss von den bisherigen Amtsinhabern.

Und so wurde für die gewählten Daniel Teusch und Marcel Oehm in der Fachgruppe Bundeskanzleramt mit Olaf Lüdtke nicht nur der ehemalige Fachgruppenvorsitzende und Träger der Ehrennadel, sondern auch frühere stellvertretende Bundesvorsitzende des vbob

und langjähriges Mitglied der Bundestarifkommission des dbb verabschiedet. Begrüßt wurde die neue gewählte Doppelspitze der Fachgruppe im BMAS, Beate Eckhardt und Sandy Jouili. Die ebenfalls neuen Vorsitzenden Daniel Steinmann (BMDV), Dr. Babak Khalatbari (BMZ) sowie Irina Mütter (BMWSB) konnten leider nicht persönlich begrüßt werden. Anwesend und begrüßt wurden Daniel Eichmüller (BAFZA), Anja Kuntscher (BAMF) sowie Bianca Stoffer (BSI).

Mit dem gebührenden Dank verabschieden konnte sich der Bundesvorsitzende des Weiteren von Nicole Zündorf-Hinte



> Verabschiedet aus dem Kreis des BuHaVo wurden Olaf Lüdtke sowie ...



(BMFSFJ), Kerstin Faehrmann (BMZ) und Christoph Schlinkert (BSI). Die Verabschiedeten richteten ebenfalls das Wort an die Teilnehmenden und verabschiedeten sich nach vielen Jahren der Zugehörigkeit zum Gremium mit Dank für die gute, vertrauensvolle und intensive Zusammenarbeit.

Im Anschluss wurde das Zukunftsnetzwerk des dbb in Form einer Webapplikation durch das dbb vorsorgewerk von Alexander Konzack vorgestellt. Der vbob ist Mitglied dieser Initiative, die für die Mitgliedsgewerkschaften des dbb digitale Lösungen und Formate entwickeln soll, die eine gemeinsame technische Basis haben. Die Schwestergewerkschaften BDZ und DPVKOM sind bereits als Pilotgewerkschaften online.

Im Lagebericht konnte zunächst, dank des Einsatzes des vbob, der am Vortag im Bundestag getroffene Beschluss zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung und die daran anknüpfende Wiedereinfüh-

rung der Ruhegehaltsfähigkeit der Nachrichtendienstzulage besonders freudig gefeiert werden. Neben vielen weiteren Entwicklungen ist die erfreulich verlaufende Mitgliederwerbepaktion besonders betont worden. Der vbob und seine Fachgruppen werden zunehmend mehr in den Behörden wahrgenommen, auch weil wir uns mit den aktuellen Themen der Menschen über die klassische Gewerkschaftsarbeit und beruflichen Aspekte hinaus interessieren und engagieren.

Die Mitglieder des Bundeshauptvorstandes haben aus diesem Grund entschieden, dass für jedes neue Mitglied im Rahmen der laufenden Mit-



> Der Bundesvorsitzende Frank Gehlen stellt die Baumaaktion vor.

gliederwerbepaktion und darüber hinaus ein Baum gepflanzt werden soll. Dies trägt dem



> ... Christoph Schlinkert ...

Gedanken der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes Rechnung, der von vielen Mitgliedern und in den Gremien des

dukte im Rahmen der Personalratswahlen zeigt, dass der vbob hier Verantwortung für die ressourcenschonenden Maßnahmen übernimmt. Die ersten Reaktionen auf diese Entscheidung liegen vor und sind durchweg positiv.

Einer intensiven Tagung am Freitag folgte dann der verdiente gemeinsame Abschluss und die Spannung auf den zweiten Tag, der ebenfalls eine volle Agenda hatte.

Zunächst diskutierten die Mitglieder intensiv über Berichte und Erfahrungen aus den Fachgruppen, also den einzelnen Behörden der Bundesverwaltung. Dabei kristallisierte sich erneut heraus, wie wichtig das Netzwerk und die Arbeit des vbob für die Entwicklung von beschäftigten-bezogenen Maßnahmen in



> ... Nicole Zündorf-Hinte und ...



> ... Kerstin Faehrmann.



Fotos: © A. Hoffmann (7)

> Der Bundeshauptvorstand beschließt die Aktion „Für jedes Neumitglied pflanzen wir einen Baum“.

den Behörden ist. Gerade vbob Personalräte und die Fachgruppen bewirken vor Ort Weiterentwicklung auch im Sinne von Anstößen zu Themen, die für die Beschäftigten einen Mehrwert haben. Bundesvorsitzender Gehlen dankte den Teilnehmenden für ihr ehrenamtliches Engagement.

Im Anschluss hat sich der Bundeshauptvorstand des vbob vor dem Hintergrund des Krieges in Nahost und die daraus folgenden Geschehnisse auf Deutschlands Straßen und in Deutschlands Städten entschieden, eine klare Haltung und Position zu beziehen. Der Bundeshauptvorstand

verabschiedete einstimmig eine Resolution gegen Gewalt, Extremismus und Antisemitismus.

Als Beschäftigte des Bundes verstehen sich vbob Mitglieder in der Verantwortung, Demokratie und Freiheit sowie die verfassungsmäßigen Grundsätze in Rechten und Pflichten gegen jegliche Aggression zu verteidigen. Polizistinnen und Polizisten, die staatliche Macht und Ordnung repräsentieren, verdienen unseren uneingeschränkten Schutz bei der Ausübung ihres staatlichen Auftrages. Die Grundsätze von Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit des Handelns sind

uns dabei in unserem Handeln bewusst. Die Freiheit des einen endet an der Grenze der Freiheit des anderen, das kennzeichnet eine funktionierende deutsche Gesellschaft. Die üblen und verabscheuungswürdigen Bilder von vermeintlichen Demonstranten, die das verfassungsgesicherte Demonstrationsrecht nutzen, um mit gewaltverherrlichenden Fantasien den Tod von Menschen sowie die Ausrottung Israels und damit jeglichen jüdischen Lebens fordern, sind für uns unerträglich. Dass Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland erneut Angst um ihr Leben haben, ist für uns untragbar. Klare Kante zeigen,

das wollen wir, wollen die Mitglieder des Bundeshauptvorstandes. Auch das gehört zu einer zivilgesellschaftlichen Teilhabe als Gewerkschaft dazu, darüber war sich nicht nur das höchste Gremium des vbob zwischen den Gewerkschaftstagen einig, hier heißt es für Demokraten Flagge zeigen! (Lesen Sie hierzu die vollständige Resolution auf unserer Homepage www.vbob.de.)

Am Ende der Sitzung waren sich die Teilnehmenden einig darin, der richtigen Gewerkschaft anzugehören, und verabschiedeten sich zufrieden auf den Weg nach Hause und ins Wochenende. *fg*

> vbob Jugend

Unterstützung von Beginn an

Der September steht nicht nur für den Beginn des (meteorologischen) Herbstes, sondern auch für den jährlichen Ausbildungsbeginn. In vielen Behörden starten die Auszubildenden dann eine Karriere im öffentlichen Dienst. Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg werden hierfür regelmäßig die Ausbildungsberufe „Kaufleute für Büromanagement“, „Fachinformatiker:in in der Fachrichtung Anwendungsentwicklung“ und „Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste“ angeboten.



© vbob Jugend

Da die Nachwuchskräfte ein wertvolles Gut für den öffentlichen Dienst darstellen, ist es von Anfang wichtig, für sie ein angenehmes Klima zu schaffen. Hierfür bietet das BAMF eine Einführungswoche an, in welcher sich die Auszubildenden kennenlernen und erste, grundlegende Informationen erhalten sollen.

Der Bundesjugendvertreter des vbob, Morris Hültner, erhielt die Möglichkeit, innerhalb dieser Woche den Azubis die Wichtigkeit von Gewerkschaften darzustellen und den vbob als starken Partner zu präsentieren. Er erklärte dabei die Rolle und den Aufbau des Verbandes und ging konkret auf das Angebot für Auszubildende ein. Dabei wurde vor allem der Einsatz der vbob Jugend für bessere Rahmenbedingungen während der Ausbildung und die Unterstützung bei Problemen erläutert. Aber auch bei Fragen rund um das Thema „Jugend- und Auszubildendenvertretung“ steht die vbob Jugend stets zur Verfügung.

Für einen erfolgreichen Start in einen neuen Beruf und einen erfolgreichen Werdegang im öffentlichen Dienst wünschen wir viel Erfolg! *mh*



Ehrenamt ist Ehrenamt?

Ist das Ehrenamt in einer Gewerkschaft mit einem Ehrenamt im Bevölkerungsschutz vergleichbar? Gibt es gemeinsame oder verschiedene Herausforderungen und gemeinsame Lösungsansätze?

© THW/Nicole Endres

Um diese interessanten Fragestellungen zu erörtern, trafen sich die Präsidentin der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), Sabine Lackner, und der Vorsitzende des vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Frank Gehlen, zu einem Austausch.

Das THW steht als Einsatzorganisation des Bundes im Bevölkerungsschutz und im Katastrophenschutz der Bevölkerung in Deutschland und auch weltweit bei Katastrophen und Unglücksfällen zur Seite. Werden durch Unwetter großflächig Schäden verursacht, bedroht Hochwasser Städte und Gemeinden oder fällt die Stromversorgung länger aus, dann leisten die THW-Einsatzkräfte schnell und effizient technische Hilfe. 86 000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer engagieren sich bundesweit in 668 Ortverbänden. Unterstützt werden sie dabei von rund 2 000 hauptamtlich Beschäftigten.

Der vbob ist parteipolitisch unabhängig. Er tritt ein für die

Erhaltung und Fortentwicklung des Berufsbeamtentums auf öffentlich-rechtlicher Grundlage und für die Fortentwicklung des Tarifrechtes. Er vertritt und fördert die berufsbedingten, politischen, rechtlichen und sozialen Belange seiner Mitglieder und unterstützt die Arbeit seiner

Mitglieder in Personalvertretungen sowie in Betriebsräten. Im vbob sind über 11 000 Mitglieder in bundesweit 53 Fachgruppen organisiert. Auch hier erfolgt – wie beim THW – das Engagement ehrenamtlich, mit Ausnahme von vier hauptamtlich Beschäftigten. Beide Organisationen sind zivilge-

sellschaftliche Akteure und Säulen einer funktionierenden und demokratischen Gesellschaft. Sie leben vom Engagement ihrer ehrenamtlichen Mitglieder bzw. Helfenden, unterstützt durch hauptamtlich Beschäftigte, die die administrativen Aufgaben abfangen.



© THW/Susanne Hörle

➤ Bau einer Behelfsbrücke nach den Überschwemmungen in Slowenien im Sommer 2023

■ Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält

Eine Gemeinsamkeit besteht darin, dass beide Ehrenämter auf Freiwilligkeit basieren. Sowohl im THW als auch im vbob engagieren sich Menschen freiwillig, um anderen zu helfen oder die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Sie stellen ihre persönlichen Belange zurück und sorgen somit für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie bilden quasi den Kitt, der die Gesellschaft verbindet und zusammenhält.

Das Ehrenamt ist lebendig und vielfältig. Während die Helferinnen und Helfer des THW in der Regel technisch interessiert und mit entsprechenden Fähigkeiten ausgestattet sind, sind die Mitglieder des vbob fast ausnahmslos Tarifbeschäftigte oder Beamtinnen und Beamte in Bundesbehörden, also Beschäftigte des Bundes und meist in der klassischen Verwaltung tätig. Die klassischen Klischees sehen im THW den Helfer im mittleren Alter, der schwere Technik und Fahrzeuge beherrscht. Beim vbob vermutet man den „typischen Beamten“.

Es gibt jedoch nicht das klassische Mitglied in beiden Organisationen, das die stereotypen Klischees erfüllt. Weder das Geschlecht, das Alter, die sexuelle Orientierung oder die Religionszugehörigkeit spielen beim THW oder dem vbob eine Rolle. Alle werden vorurteilsfrei wertgeschätzt und erhalten dieselben Chancen. Beide Organisationen sind divers und demonstrieren dies auch sichtbar unter anderem durch die Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“. Sie stehen unverrückbar für die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Eine weitere Gemeinsamkeit ist die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und des Teamworks. Sowohl im THW als auch im vbob ist es wichtig, effektiv mit anderen Ehren-

amtlichen zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Dies erfordert Kommunikation, Koordination und Kompromissbereitschaft.

Die Herausforderung, die beide Ehrenämter mit sich bringen, ist die zeitliche Belastung. Ehrenamtliche in beiden Bereichen investieren oft viel Zeit und Energie, um ihre Aufgaben zu bewerkstelligen. Dies kann manchmal zu Konflikten mit anderen Verpflichtungen führen, wie zum Beispiel dem Beruf oder der Familie.

Eine spezifische Anforderung im Ehrenamt des THW besteht darin, dass der Einsatz oft mit körperlicher Arbeit und dem Umgang mit Notfallsituationen verbunden ist. Dies erfordert eine gewisse körperliche Fitness und die Fähigkeit, unter Stress überlegt und effektiv zu handeln. Im Ehrenamt des vbob hingegen können Herausforderungen darin bestehen, die Interessen der Mitglieder bestmöglich zu vertreten und Verhandlungen mit dem Dienstherrn oder Arbeitgeber zu führen.

■ Engagement wird weiterhin gebraucht

Der demografische Wandel ist für beide Organisationen von großer Bedeutung. Sowohl das THW als auch der vbob sind auf zahlreiche Mitglieder angewiesen, ohne die die jeweilige Weiterentwicklung der Organisation schwierig wäre. Immer mehr Konkurrenten buhlen um die Gunst von weniger Menschen, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Gerade im THW war nach Aussetzung der Wehrpflicht ein vermindertes Interesse an einem Engagement zu erkennen. Dies konnte unter anderem durch verstärkte Helfer-/Helferinnenwerbung abgewendet werden, sodass mittlerweile die Zahl der Helfenden von etwa 80 000 auf nunmehr gut 86 000 Helferinnen und Helfer angewachsen ist. Auch der



> THW-Präsidentin Sabine Lackner im Gespräch mit Frank Gehlen und Michael Münz, Vorsitzender der FG THW

vbob war – vermehrt durch persönliche Ansprache und nach dem Gewerkschaftsmotto „Nähe ist unsere Stärke“ – bei der Mitgliedergewinnung erfolgreich. Waren es vor Jahren noch knapp 10 000 Mitglieder, sind es aktuell über 11 000 vbob Mitglieder.

Die bundesweite Dislozierung des THW und des vbob in 668 Ortsverbände beziehungsweise 53 Fachgruppen garantieren eine Betreuung und eine Mitarbeit vor Ort. Diese „Nähe ist unsere Stärke“ trifft daher nicht nur für den vbob, sondern auch auf das THW zu.

Ein Trend ist jedoch deutlich erkennbar: Die Bürgerinnen und Bürger oder Beschäftigte der Bundesbehörden sind bereit, dem THW oder dem vbob beizutreten, sobald die Aufgaben oder der Sinn der jeweiligen Organisation sichtbar zu Tage treten. Wenn zum Beispiel das THW nach Katastrophen oder Unglücksfällen im Einsatz ist – wie nach der Flut an der Ahr – oder der vbob Er-

folge bei Tarifverhandlungen verkünden kann, steigen die jeweiligen Mitgliederzahlen.

Viele Menschen engagieren sich doppelt oder mehrfach ehrenamtlich. Gerade im vbob ist es erkennbar, dass ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sowohl im THW als auch im vbob aktiv sind. Dies ist noch nicht mal auf die vbob Fachgruppe THW begrenzt, sondern auch auf andere vbob Fachgruppen.

Fazit des Gesprächs zwischen Sabine Lackner und Frank Gehlen war, dass das Ehrenamt im THW und das Ehrenamt im vbob sowohl Gemeinsamkeiten als auch Herausforderungen aufweisen. Beide bieten jedoch die Möglichkeit, anderen zu helfen und einen positiven Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Der Austausch der Erfahrungen soll durch die vbob Fachgruppe THW als geeignetes Bindeglied fortgeführt werden.

Michael Münz

Kommentierte Pressestimmen

Der Deutsche Beamtenbund beziffert die Zahl fehlenden Personals im öffentlichen Dienst auf mehr als 550 000 Beschäftigte. Damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann, ist er auf ausreichend Beschäftigte angewiesen. Mittlerweile hält knapp die Hälfte der Behördenchefs den Staat für überfordert. Sie erleben täglich einen öffentlichen Dienst am Limit – und eine Politik, die zusätzlich Steine in den Weg legt oder Zukunftsaufgaben wie die Digitalisierung der Verwaltung verschleppt.

■ Verwaltung am Limit

Es war ein bemerkenswertes Eingeständnis des Bundeskanzlers: „Mitarbeiter in so manchem Landratsamt kommen mit den Entscheidungen nicht mehr hinterher, weil der Staat ihnen immer neue Prüfpflichten auferlegt“, sagte Olaf Scholz Mitte Oktober beim Deutschen Arbeitbertag. Und mit Blick auf die Bürokratie fügte er an: „Wir haben es übertrieben.“ Was der Kanzler beklagte, ist für die Chefs in deutschen Verwaltungen und Ämtern bitterer Alltag. So sehen aktuell nur noch 51 Prozent der Behördenleiterinnen und -leiter den Staat in der Lage, seine Aufgaben zu bewältigen. 49 Prozent halten ihn für überfordert. Das geht aus einer Umfrage der Hertie School of Governance und der Organisation „Wegweiser Research und Strategy“ hervor. Fast vier von zehn Befragten sind zudem der Ansicht, dass der öffentliche Dienst in den zurückliegenden Jahren weiter an Leistungsfähigkeit eingebüßt hat. Bei zentralen Aufgaben ist der Staat aus Sicht seiner Führungskräfte oft überfordert. So sind mehr als 60 Prozent der Ansicht, dass er wenig gegen Desinformation und Polarisierung in der Gesellschaft ausrichten kann. Knapp sechs von zehn Behördenleiterinnen und -leitern sehen die Verwaltung nicht in der Lage,

die digitale Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erfolgreich anzugehen. Zweifel an der Leistungsfähigkeit gibt es auch deshalb, weil die Digitalisierung der Verwaltung kaum vorankommt und viele Behörden weiter mit Papierakten hantieren.

Zentrale digitale Lösungen wie eine elektronische Bezahlfunktion oder die elektronische Akte sind bei einer großen Mehrzahl der Verwaltungen noch nicht umgesetzt. Allerdings ist die Digitalisierung mittlerweile nicht mehr die Toppriorität, wenn es um den dringendsten Handlungsbedarf für die kommenden fünf Jahre geht. Ganz oben stehen für die Behördenleiter eine demografieorientierte Personalpolitik und die Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber. Das hat Gründe. Mehr als ein Viertel der Staatsdiener scheidet nach Berechnungen des Beamtenbunds in den kommenden zehn Jahren aus Altersgründen aus, beim Bund ist es sogar fast ein Drittel.

Das Urteil der Spitzenkräfte aus den Behörden muss ein Weckruf für die Politik sein. Denn egal, ob es um die Erreichung der Klimaziele, den Ausbau oder die Sanierung von Straßen, Brücken und Schulen oder die Einwanderung von Fachkräften und die Aufnahme

von Geflüchteten geht – ohne funktionierende Verwaltung wird all dies nicht gelingen. ([handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com), 31. Oktober 2023)

■ Die Staatsaufgaben hinterfragen

Dem Staat fehlt es an Beschäftigten. Das wird sich nur ändern, wenn er seine Aufgaben in den Griff bekommt. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sorgen dafür, dass unsere Daseinsvorsorge funktioniert. Die Staatsdiener setzen außerdem um, was in den Parlamenten beschlossen wird. Gibt es zu wenige von ihnen, leidet nicht nur die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen. Auch die Umsetzung demokratischer Willensbildung bleibt auf der Strecke. Das Personalproblem des öffentlichen Dienstes ist deshalb nicht nur ein Thema der Sozialpartner – letztlich sind alle Bürger davon betroffen.

Der demografische Wandel setzt unsere Daseinsvorsorge unter gewaltigen Stress. Das gilt nicht nur heute, sondern vielmehr mit Blick auf die kommenden Jahre: Die größte Welle der Babyboomer-Pensionäre steht Deutschland noch bevor. So bewirken aktuelle politische Krisen, dass der Staat mehr Aufgaben als früher bewältigen muss: Die hohen Migrati-

onzahlen sorgen dafür, dass viel mehr Lehrer benötigt werden, als noch vor einigen Jahren vorhergesagt. Hier müsste die Politik an der Wurzel des Problems umsteuern – es fehlt ihr aber bislang an Entschlossenheit. Schon aufgrund des demografischen Wandels ist es völlig unrealistisch, Hunderttausende Menschen zusätzlich für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Der Personalmangel wird sich nur dann bewältigen lassen, wenn sich Bund, Länder und Kommunen von überflüssigen Aufgaben trennen.

Mindestens ebenso notwendig ist es, staatliche Strukturen zu hinterfragen. Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung sind wertvolle Verfassungsgüter, die demokratische Machtverteilung gewährleisten. Aber wie lassen sich neue Reformen erreichen? Zunächst braucht es politisch Verantwortliche, die das Problem erkennen und mit den Verbänden des öffentlichen Dienstes nach Lösungen suchen. Der frühere Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) verwendete vor rund zwei Jahrzehnten viel Zeit darauf, gemeinsam mit dem Beamtenbund an einer Reform des öffentlichen Dienstes zu arbeiten. Schilys Grundgedanke, den öffentlichen Dienst mittels Analyse seiner Aufgaben zu verändern, ist immer noch zeitgemäß. Seine Nachfolgerin Nancy Faeser (SPD) täte gut daran, seinem Beispiel zu folgen und gemeinsam mit den Fachgewerkschaften Ansätze zum Erhalt unseres Gemeinwesens zu entwickeln. Allzu viel parteipolitische Rücksichtnahme hilft dabei nicht weiter. ([FAZ.NET](https://www.faz.net), 7. November 2023)

lb



Veranstaltungsreihe #vbob digital

Die 4-Tage-Woche in der Bundesverwaltung – ein Arbeitsmodell der Zukunft?

Am Dienstag, dem 7. November 2023, stand das in Medien und Gesellschaft viel diskutierte Thema der 4-Tage-Arbeitswoche im Fokus der #vbob digital-Veranstaltung.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Bundesvorstandsmitglied Bianca Stoffer und dem vbob Datenschutzbeauftragten Lothar Hermes, die gemeinsam die inhaltliche Ausrichtung der Veranstaltung vorbereitet haben. Im Fokus stand, neben einem kurzen Impulsvortrag zur Einführung in die Umsetzungsmodelle der 4-Tage-Woche, eine Diskussionsrunde mit den vbob Mitgliedern. Die Kolleginnen und Kollegen des vbob Bundesvorstandes haben bewusst eine neutrale Haltung zur Thematik eingenommen, um ein Stimmungsbild der Teilnehmenden einzuholen.

Die Vorteile einer 4-Tage-Arbeitswoche liegen augenscheinlich auf der Hand: Die Vereinbarkeit von Familie und

Beruf wird gestärkt, die Beschäftigten haben mehr Freizeit und können diese für persönliche Interessen, Familie, Freunde und die Erholung nutzen. Zudem sollen die Arbeitszufriedenheit und sogar die Produktivität gesteigert werden, die Beschäftigten sollen konzentrierter und leistungsfähiger sein (Hans Böckler Stiftung, Pressemitteilung vom 8. Mai 2023).

Wirft man jedoch einen genaueren Blick hinter das Modell der 4-Tage-Woche, so sind auch die Nachteile und Risiken zu betrachten. Ist eine Reduzierung der Arbeitszeit ohne finanzielle Einbußen ein Arbeitskonzept, welches in der Bundesverwaltung umgesetzt werden kann? Wie sieht es mit der Finanzierung aus? Haben

wir nicht bereits jetzt schon die Möglichkeit, in einer 4-Tage-Woche zu arbeiten (mit Lohnverzicht)?

Auch viele Kolleginnen und Kollegen sehen die Umsetzung einer 4-Tage-Arbeitswoche kritisch: „Ich schaffe schon jetzt meine Arbeit nicht“, wird angemerkt. Auch der Gewinn an Lebensqualität wird infrage gestellt: „Wer 10 Stunden (oder länger) am Tag arbeiten muss, erreicht wenig Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, lediglich bei einer Arbeitszeitreduzierung bei vollem Lohnausgleich wäre das denkbar. „Wir können nicht einen Tag den Laden zu machen“, schon gar nicht an einem festen Tag in der Woche – wie es zum Beispiel die Stadtverwaltung Mengen momentan in einem

Pilotprojekt praktiziert. Außerdem wurde ausgeführt: „Ich arbeite schon in einer 4-Tage-Woche“ – im Rahmen einer Teilzeitvereinbarung kann also schon jetzt in der Bundesverwaltung das auch für Nachwuchskräfte attraktive Konzept der 4-Tage-Woche gelebt werden – jedoch mit finanziellen Einbußen. Einig sind sich die hierzu vortragenden Kolleginnen und Kollegen außerdem bei einem Thema: Der vbob soll sich weiterhin für die Rücknahme der Erhöhung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten einsetzen.

Im Zusammenhang mit der 4-Tage-Woche-Diskussion wurde noch ein weiterer Punkt angemerkt: Neben der größtmöglichen Gestaltung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf der Austausch der Kolleginnen und Kollegen untereinander nicht zu kurz kommen. Durch Homeoffice, Teilzeit und der daraus resultierenden Reduktion der Präsenzzeiten in den Behörden darf das vbob Motto „Nähe ist unsere Stärke“ nicht zu kurz kommen.

Daher freuen wir uns auf weitere Austauschformate mit Ihnen und betonen an dieser Stelle nochmals, dass Sie uns, den Bundesvorstand und die Kolleginnen und Kollegen in den Fachgruppen, in Ihrer Behörde immer gerne ansprechen können – Nähe ist unsere Stärke!

bs



> Teilnehmende der Veranstaltung #vbob digital